

Parteien wollen Hochschule stärken

Parteiprogramme und ihre Aussagen zur Wissenschaft in Bremerhaven - Experte gibt eine Einschätzung ab

VON URSEL KIKKER

Bremerhaven. Bremerhaven ist vor knapp 20 Jahren zur „Stadt der Wissenschaft“ ernannt worden. Die Häufung der wissenschaftlichen Einrichtungen ist eindrucksvoll für eine 113.000-Einwohner-Stadt. Doch welche Vorstellungen haben Politiker, wie es weitergehen soll?

In Bremerhaven arbeiten mittlerweile mehr als 1.700 Mitarbeiter direkt in den wissenschaftlichen Institutionen. Die bringen außerdem Arbeit in die Stadt. Bestes Beispiel ist das Alfred-Wegener-Institut (AWI), das gerade seinen Forschungseisbrecher „Polarstern“ in der Lloyd Werft für den nächsten Einsatz vorbereiten lässt. Durch die Kommunalpolitiker-Brille gesehen ist die Hochschule Bremerhaven besonders wichtig, selbst wenn Hochschulpolitik Ländersache ist. Was also sehen die Parteien? Das Wichtigste in Kürze:

► **SPD:** Sie will sich dafür einsetzen, dass die Zahl der Studenten auf 5.000 ansteigt. Sie sieht das Land Bremen in der Pflicht, ausreichende Finanzen zur Verfügung zu stellen. Die Sozialdemokraten unterstützen, wenn sich die Hochschule und studentisches Leben über den Campus hinaus in die Innenstadt ausdehnt. Eine räumliche Erweiterung in der Innenstadt und im Werftquartier kann sie sich vorstellen. Die SPD fordert unter anderem eine stärkere Internationalisierung der Hochschule. Beim Studienangebot sieht sie unter anderem Potenzial im Bereich Cybersicherheit und Informatik. Die SPD will den Wissenschaftsstandort Bremerhaven durch einen Ankommslotsen attraktiver machen. Außerdem setzt sie sich für eine deutliche Verbesserung des öffentlichen



Personennahverkehrs (ÖPNV) zwischen Bremen und Bremerhaven ein. Die SPD holt auch die anderen Wissenschaftseinrichtungen mit ins Boot, fordert mehr Transfer in die Gesellschaft. Wer gute Ideen hat, soll neue Innovationen in experimentellen Testräumen ausprobieren können. An der Ostseite des Handelshafens soll ein Maritimes Wissenschaftszentrum entstehen, um vor allem den Austausch zwischen den Wissenschaftseinrichtungen zu fördern.

► **CDU:** Sie will den Ausbau der Hochschule hin zu einem Campus vorantreiben. Sie fordert zu prüfen, das AWI-Gebäude an der Columbusstraße wie auch



Die Hochschule Bremerhaven bekommt von den meisten Parteien Unterstützung. Foto: Hartmann

das Technische Rathaus in die Gebäudestruktur der Hochschule zu integrieren. Das Technische Rathaus könnte zum Studenten-Hostel werden. Die CDU möchte den Campus-Gedanken leben und sowohl die Fährstraße, die Deichstraße von der Geestebücke bis zur Hochschule als auch das Areal um den Theodor-Heuss-Platz verkehrsberuhigt umgestalten. Der Busverkehr soll aber beibehalten werden, und für Anwohner wäre ein innenstadtnahes Anwohnerparkhaus (Hub) denkbar. Außerdem will die CDU die Hochschule bei ihren Bemühungen um ausländische Studierende unterstützen.

► **FDP:** Sie macht sich für autonome Hochschulen stark samt voller Personalhoheit. Die Hochschulen könnten so ihre Arbeitsschwerpunkte setzen und von der vollen Forschungsfreiheit profitieren, so die FDP. Auch Forschung und Lehre mit militärischer Zielsetzung will sie an den Hochschulen im Land Bremen fördern. Die Freien Demokraten haben das Ziel, die Hochschulen finanziell so auszustatten, dass sie im Bundesvergleich im Durchschnitt liegt. Die Grundfinanzierung der Hochschulen in Bremen und Bremerhaven sei derzeit unzureichend, so die Liberalen. Ein Gründerfonds soll entstehen. Außerdem setzen sich die Freien Demokraten für ein Orientierungssemester an allen Hochschulen im Land Bremen ein.

► **Grüne:** Für sie ist das Ziel, dass sich Bremerhaven als Oberzentrum für die gesamte Region Wissensressourcen entwickelt. Die Grünen unterstützen den

Ausbau der Hochschule auf 5.000 Studenten. Neben dem Ausbau bestehender Studiengänge sei ihnen vor allem die Einrichtung und Stärkung von Masterstudiengängen wichtig, schreiben sie. Sie drängen auf eine angemessene finanzielle Ausstattung durch das Land Bremen vergleichbar mit anderen Bremer Hochschulen. Sie wollen mit der Hochschule We-



ge des Wissenstransfers suchen und wünschen sich, dass sie in Zukunft die erste Ansprechpartnerin für ortsansässige Unternehmen zur Lösung technischer und betriebswirtschaftlicher Probleme ist. Zudem wollen die Grünen den Klimastadtprozess stärken, indem sie Wissenschaftler in die Fachausschüsse der Stadtverordnetenversammlung einladen und die Verwaltung mit den Instituten vernetzen, um mit Hilfe dieser wissenschaftlichen Expertise ein Klima-Controlling für Bremerhaven aufzubauen.

► **Linke:** Sie haben kein Kapitel zur Wissenschaft.

► **Piraten.** Sie haben eine Umfrage gestartet, welche Themen den Bürgern am wichtigsten sind. Die Wissenschaft war nicht unter den Top 3.

► **AfD:** Einen eigenen Schwerpunkt macht die AfD mit ihrem Kandidaten Thomas Jürgewitz nicht aus der Wissenschaft. Er fordert Aufnahmeprüfungen für Hochschulen und Universitäten. Man brauche keine Über-Akademisierung mit Abiturienten, die ohne Vorbereitungskurse nicht studierfähig sind.

► **Bürger in Wut:** Stärkung des Wissenschaftsstandorts Bremerhaven. Erweiterung des Studienangebotes der Hochschule, um mehr Studierende und damit potenzielle Fachkräfte der Zukunft in die Seestadt zu locken.

► **Die Einschätzung des Experten:** Prof. Josef Stockemer war von 2001 bis 2015 Rektor der Hochschule Bremerhaven. Sein erster Eindruck zu den Partei-programmen: SPD, CDU, Grüne und FDP ha-

ben die Bedeutung der Hochschule Bremerhaven für die weitere Entwicklung der Stadt, der Region und auch der Wirtschaft erkannt, und sie haben ihre Bereitschaft zur Unterstützung des Ausbaus der Hochschule auf 5.000 Studenten in ihren Partei-programmen mit unterschiedlichen Maßnahmen und Intensitäten zum Ausdruck gebracht. Eine entsprechende dauerhafte finanzielle Unterstützung der Hochschule durch das Land ist eine notwendige, aber alleine nicht hinreichende Maßnahme, denn zusätzlich zur Schaffung neuer Studienangebote müssen Rahmenbedingungen geschaffen werden, die die Attraktivität der Stadt Bremerhaven als Studien- und Lebensort für junge studierwillige Menschen erhöhen.

Zu dieser Attraktivitätssteigerung gehören u. a. eine Verbesserung der städtischen Infrastruktur (insbesondere Verkehr und studentisches Wohnen, Schaffung eines großflächigen Hochschul-Campus als Bildungs- und Freizeitgelände), besondere Möglichkeiten zur Freizeitgestaltung (Angebote im kulturellen und sportlichen Bereich) und - was in den vorliegenden Partei-programmen kaum Berücksichtigung findet - auch eine intensive Unterstützung der schon jetzt ansässigen exzellenten Wissenschafts- und Forschungsinstitute hinsichtlich deren Ausbau- und Entwicklungsplänen sowie ihrer Vernetzungs- und Kooperationsambitionen. Eine international anerkannte leistungsfähige Wissenschaftslandschaft erhöht die Attraktivität Bremerhavens als Lebens-, Arbeits-, Wirtschafts- und Studienort und erleichtert auch die von der Politik gewünschte Anwerbung ausländischer Studierender.

► **Die Einschätzung der Redaktion:**

Prof. Josef Stockemer, ehemals Rektor der Hochschule Bremerhaven, hätte sich über so viel Unterstützung wahrscheinlich gefreut. Er war derjenige, der die Zahl von 5.000 Studenten für die Hochschule Bremerhaven in die Diskussion geworfen hat und am Anfang noch belächelt wurde. Dass die Bedeutung der Hochschule und der Wissenschaft für Bremerhaven endlich bei den meisten Parteien angekommen ist, ist wichtig. Die Hochschule braucht alle Unterstützung, wenn sie weiter wachsen will, und eine beharrliche Stimme in Bremen. Die Stadtverordneten können einiges dafür tun, dass die Stadt für Studenten und Hochschulmitarbeiter lebenswerter wird. Die Parteien vergessen aber, die anderen Institute zu erwähnen. Das AWI hat sich ausgebreitet, aber alle anderen Institute haben bei einer Wissenschaftsrunde mit dem Oberbürgermeister auch schon Platznot beklagt. Ihr Wissen auch für Probleme der Stadt anzupapfen, ist ein guter Weg.

Die Serie

► In der Serie „Zukunft der Stadt“ widmen wir uns wichtigen Fragen, denen sich Bremerhaven aus Sicht der Redaktion stellen muss. Bis zur Wahl der Stadtverordnetenversammlung am 14. Mai prüfen wir, inwieweit sich die derzeit im Kommunalparlament vertretenen Parteien in ihren Partei-programmen mit den Themen der Zukunft beschäftigen. Sind sie gut aufgestellt, um Bremerhaven für die nächsten Jahrzehnte fit zu machen?



Das Thünen-Institut im Fischereihafen ist zwar ein Bundesinstitut, dennoch können auch Kommunalpolitiker die Weichen stellen, zum Beispiel für mehr Lagerplatz. Foto Scheschonka



Das Fraunhofer-Institut IWES spielt gerade eine wichtige Rolle bei der Wasserstoffforschung. Foto: Hartmann